

Likedeeler

Kleinausgabe im Februar 2007

PETER HARTZ SCHWITZT AUCH MANCHMAL

Peter Hartz mit den
Protestierenden im
Nackten

de.indymedia.org



Am 17.1.07 begann der Prozess gegen Peter Hartz, Namensgeber der Hartz-Reformen. Der Prozessbeginn wurde von Protesten gegen den Sozialabbau begleitet. Demonstranten beschimpften Hartz als „Arbeiterverräter“ und „Lump“. Unter den Protestierenden befand sich die Gruppe der „Überflüssigen“, die mit Masken und roten Kapuzenpullovern verschiedenen Verantwortlichen den Schweiß in den Nacken treiben. So auch an diesem Tag. Leider hatte das nur kurze Wirkung, denn die Justiz zeigte mit der Bewährungsstrafe einmal mehr, auf wessen Seite sie steht. So stellten denn die Überflüssigen vorab in Ihrem Redebeitrag klar, das die eigentlichen Anklagepunkte gar nicht zur Sprache kommen würden sondern in sozialen Kämpfen ausgehandelt werden müssten. Hier der Redebeitrag der Überflüssigen.

Gegen die Veruntreuung unseres gesellschaftlichen Reichtums

Heute steht mit Peter Hartz der Namensgeber eines der größten sozialen Entrechtungsprogramme vor Gericht, das die Bundesrepublik Deutschland in ihrer bald 60-jährigen Ge-

schichte gesehen hat. Doch die Anklage ist noch etwas unscharf und beleuchtet nur die Spitze des Eisberges; sie muss erweitert werden, in Hinsicht auf den Kreis der Straftatbestände ebenso wie den der Angeklagten. Es geht nicht um das bisschen Korruption und Veruntreuung von Firmeneigentum, nicht um die kleine Gaunerei im alltäglichen Kapitalismus. Es geht ums Ganze. Gegen die Veruntreuung unseres gesellschaftlichen Reichtums.

Wir sind hier, um unser Wissen zum Hartz-System zur Verfügung zu stellen. Wir tun dies bewusst nicht im Gerichtssaal, sondern auf offener Straße, denn das, wofür Peter Hartz steht, geht alle an und er soll von allen beurteilt werden. Die Anklage gegen Peter Hartz lautet auf Untreue in 44 Fällen und Begünstigung des Betriebsrates. Dazu gab es in der letzten Zeit eine Menge unappetitlicher Details, die bestätigen, was wir eigentlich schon immer wussten: Der mörderische kapitalistische Alltag produziert Menschen mit niederen Bedürfnissen, geprägt von Großmannssucht, Gier und billigen Männerphantasien nach käuflicher Liebe. Menschen wie Peter Hartz, die sich tagtäglich

IMPRESSUM

Der Likedeeler ist ein Projekt des Jugendmedien Greifswald e.V., Lange Straße 14a, 17489 Greifswald, Telefon: 03834-777640.

e-mail:
print@likedeeler-online.de
internet:
www.likedeeler-online.de

Die Auflage liegt bei 600 Exemplaren.

UNTERSTÜTZEN

Zur finanziellen Unterstützung bitten wir um Spenden (Spenden können von der Steuer abgesetzt werden).

Spendenkonto:
Jugendmedien Greifswald e.V., Konto-Nr: 74950, BLZ: 15061638, Volksbank Raiffeisenbank e.G. Greifswald, Verwendungszweck: Spende

MITMACHEN

Wir suchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ganz gleich, ob nur lose Beiträge oder feste redaktionelle Mitarbeit. Wir treffen uns meist dienstags um 19.30 Uhr im Büro des Jugendmedien Greifswald e.V. Fragt vorher an!

und bewusst virtuos innerhalb der kapitalistischen Spielregeln bewegen und diese zu ihren eigenen Gunsten umzuschreiben versuchen. Menschen, die aus Macht- und Geldgier dann trotzdem an Gesetzen scheitern, die doch ohnehin recht großzügig den persönlichen Vorteil einiger weniger garantieren.

Wir wollen die Gelegenheit nutzen, der Anklage einige Punkte hinzuzufügen, die es gleichfalls zu verhandeln gilt: Peter Hartz steht mit seinem Namen ein für die Verrechtlichung des sozialen Angriffs, dem die VerliererInnen des globalen neoliberalen Programms seit einigen Jahren auch in der reichen Bundesrepublik ausgesetzt sind. Er hat sich deswegen niemals verärgert - nicht einmal peinlich berührt - gezeigt, geschweige denn von seiner Rolle als Namensgeber der Hartz-Reformen distanziert. Wir können also getrost davon ausgehen, dass Peter Hartz zu seinem Wort steht und somit nachweisbar eine erhebliche Mitschuld an der sozialen Entrechtung und Verelendung trägt, die sich in den letzten Jahren auch im reichen Europa rapide verschlimmert hat.

Die Presse zeigte die Proteste der Überflüssigen auf den Titelseiten. Wer sie sind, was sie wollen und wie man mitmacht steht unter www.ueberfluessig.tk



Lassen wir die Fakten sprechen und blicken wir zurück auf vier lange Jahre Hartz-I-bis-IV-Reformen. Schon die Übergabe des in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung erarbeiteten Berichts der Hartz-Kommission ließ nichts Gutes erwarten: In einem pompösen Zeremoniell im Französischen Dom am Berliner Gendarmenmarkt feierten sich die selbst ernannten Retter der Arbeitslosen für ihre Erfüllung der "persönlichen Herausforderung, das seit vielen Jahren wuchernde gesellschaftliche Übel der Arbeitslosigkeit jenseits der festgefahrenen Diskussionsfronten mit innovativen und konsensfähigen Vorschlägen wirksam und nachhaltig anzugehen". Schon die oberflächliche Lektüre des Berichtes machte klar, dass in ihrem zynischen Verständnis nicht die Arbeitslosigkeit, sondern der Arbeitslose an sich als Quell allen gesellschaftlichen Übels angesehen wird.

Obwohl weit davon entfernt, ein in sich stimmiges Reformprogramm zu sein, zeigen alle Maßnahmen der Hartz-Reformen in die ewig gleiche Richtung: Immer mehr Menschen wer-

den in Abhängigkeit und Armut gedrängt, anstatt ihre Bedürfnisse zum Ausgangspunkt gesellschaftlicher Veränderungen zu machen. Der Zwang, die eigene Existenz zu Markte zu tragen, wird auf unterschiedlichsten Ebenen forciert, denn wer nicht für den Kapitalismus arbeitet, soll auch sein Brot nicht essen. Konzepte wie die kläglich gescheiterte PersonalServiceAgentur und die sich in ihrer Wortwahl selbst entlarvende Ich-AG trugen zur wachsenden Entsicherung und Verbilligung von Erwerbsarbeit bei. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erweist sich wenig überraschend als gigantisches Verarmungsprogramm vor allem für diejenigen, die sich schon immer weniger virtuos als Peter Hartz und seine FreundInnen in der kapitalistischen Glitzerwelt bewegen, sei es aus mangelndem Können oder in Ermangelung der notwendigen moralischen Skrupellosigkeit. Systematisch wird durch die entwürdigende Behandlung in den Arbeitsagenturen, über

Profiling, Verfolgungsbetreuung, Verpflichtung zum xten langweiligen Bewerbungstraining und die Drohung, das ohnehin nicht zum würdigen Leben ausreichende ALG II zu kürzen, die

Angst vor dem sozialen Abstieg geschürt. Jede Arbeit sei besser als keine Arbeit, so lautet die immer gleiche Botschaft.

Eine andere uralte Weisheit gerät dabei leider ins Abseits: Wenn schon Lohnarbeit, dann bitte schön gegen einen anständigen Lohn. Dank Hartz-Reformen ist es heute möglich, in Hamburger Nobelhotels für 1,92 Euro brutto zu arbeiten. Hunderttausende von Erwerbslosen werden über Ein-Euro-Jobs gezwungen, quasi unbezahlt die gesellschaftliche Reproduktionsarbeit zu leisten, die früher ganz selbstverständlich Jobs im öffentlichen Dienst begründeten.

Verarmung und Entrechtung, das sind die Eckpfeiler des Hartz-Systems. Ein System, das immer mehr Menschen für überflüssig erklärt und gleichzeitig von dieser Überflüssigkeit zu profitieren weiß. Ein System, dass sich immer weniger Mühe gibt, seine hässliche Fratze zu verschleiern mit dem abgeschmackten Versprechen künftiger Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum.

Peter Hartz steht heute vor Gericht. Wir wünschen der Staatsanwaltschaft Braunschweig einen klaren Blick über den eigenen Tellerrand hinaus. Doch wissen wir, dass die durch unsere Punkte ergänzte Anklageschrift nicht vor Gerichten, sondern nur auf der Ebene sozialer Kämpfe ausgehandelt werden kann.



KARNEVAL DER SCHLAPPHÜTE

An diesem Sonntag, dem 14.01.2007, fand wieder einmal in Berlin die Demonstration zum Gedenken an Rozalia Luksenburg und Karl Liebnecht statt. Doch nicht nur Demonstranten und Gedenkende waren gekommen, sondern auch Einheiten des Staatsschutzes ohne Uniform.

“Die BRD-Polizei demonstriert jetzt mit”, machte man mich an diesem Sonntagvormittag aufmerksam. Da zogen paarweise (Halb-)Zivilpolizisten durch die Demonstration, beschatteten selektiv einige Personen. Ihr Ziel war es Unsicherheit bei den Demonstranten zu schaffen, denn man konnte teilweise ihre Ausrüstung erkennen, und bei eventuellen unüberschaulichen Auseinandersetzungen Demonstranten aus der Demonstration zu ziehen.

Doch an diesem schönen Sonntag sollte ihr Plan nicht aufgehen, denn sie sollten nun erfahren wie man sich fühlt wenn man verfolgt wird. Da ich sowieso ungern demonstriere, machte ich mich auf den Weg um zu erfahren mit wem ich es zu tun habe. Schließlich soll “stalking” verboten sein. Aus der Distanz beschattete ich nun ein bekanntes Duo. Die beiden versuchten mich immer wieder abzuhängen, was ihnen aber nicht gelang. Sie verliefen sich sogar in Einkaufspassagen, Restaurantvorbauten und Nebenstrassen. Auf jeden Fall waren sie aber nicht in der Lage ihre Aufgaben zu erfüllen, die Demonstranten zu beobachten. Schließlich machten sie eine längere Kaffeepause in einem Backshop.

Zeitweise hatte ich bis zu 6 Zivilpolizisten beschäftigt, auch als eine Deutschlandfahne zu Bruch ging konnte der Zivilpolizist Rico S. nicht eingreifen. Denn er hatte ein komisches Gefühl im Nacken. Aus Versehen bin ich ihm auch in die Hacken getreten. Dafür möchte ich mich ganz öffentlich entschuldigen. Das passiert halt auf Demonstrationen ziemlich häufig, weil da so ein Gedränge herrscht.

Am Ende der Demonstration stand dann ein weinroter Jeep der Marke Mitsubishi als Basis der Zivilpolizisten bereit. [Namen der Zivilpolizisten und Kennzeichen des Nummernschildes kann ich privat weitergeben.] Doch auch der wurde beschattet. Schließlich weiß man ja nie in der heutigen Zeit... Nun versuchten mich wieder zwei Zivilpolizisten abzuschütteln. Dabei versuchten sie sogar in einen Vorgarten einzubrechen. Schließlich flohen die beiden sehr schnell zum U-Bahnhof Lichtenberg. Dort begleitete ich sie in die Bahn. Nach einigen Aussteigen/Einsteigen-Spielchen baten mich die zwei Polizisten an der Station Frankfurter Allee auszusteigen. Ich widersprach der Maßnahme und lies mir von beiden die Ausweise zeigen. Schließlich waren sie ja nicht als Polizisten zu erkennen. Nun über-



Archiv Likedeeler

prüften sie meine Personalien, ich ihre, und sie wollten mich nach “Bomben” durchsuchen. Ich widersprach auch dieser Maßnahme, verlangte eine Bescheinigung nach ASOG und leistete natürlich keinen Widerstand. Die Bescheinigung bekam ich nicht und Bomben oder ähnliches habe ich sowieso nicht dabei.

Fazit:

Zivilpolizisten, die man eindeutig als solche erkennt, kann man ohne weiteres legal ausschalten. Mich wundert es sowieso, dass nicht einmal 10 Antifas auf zwei Zivilpolizisten zugehen und diese ganz solidarisch in der Mitte mitdemonstrieren lassen. Zivilpolizisten brauchen doch ganz viel Zuneigung, etwas gut gemeintes Tätscheln muntert sie sicher auf.

Auch das illegale Filmen der uniformierten Polizei störte auf der Demonstration sehr. Ich stand auch hinter solche Beamte. Beim Filmen sind die Polizisten meist zu zweit, ein Polizist bedient die Kamera, ein anderer achtet darauf, dass niemand die Kamera stiehlt. Die Kamera ist meistens durch eine Schlaufe an dem Handgelenk des Polizisten befestigt. Diesmal hatten die beiden Polizisten aber ganz nachlässig auf ihre Kamera aufgepasst. Da dieses Filmen illegal ist, kann man auch ganz legal und verhältnismäßig für die Löschung des Filmmaterials sorgen. Dazu braucht es nur zwei Menschen und einen günstigen Augenblick.

Zum Schluss werde ich wohl der Berliner Polizei einen außergerichtlichen Vergleich anbieten. Ich lass mich doch nicht verfolgen, filmen und dann noch gesetzeswidrig kontrollieren. 2500 Euro Entschädigung sollten da schon für mich drin sein.

Roland Ionas Bialke auf de.indymedia.org

big brother is watching you

VERANSTALTUNG DES G8-PLENUMS ZUR "GRÜNEN" GENTECHNIK IN MV



Krümel für die Armen - Gentechnik bringt Profite für die Reichen

Am 18. Januar fand eine Veranstaltung des lokalen G8-Plenums zum Thema "Gentechnik in Mecklenburg-Vorpommern" statt. Was hat nun die G8 mit Gentechnik zu tun, mag man sich fragen. Der Zusammenhang liegt nicht gleich auf der Hand, ist aber durchaus nachvollziehbar:

Bei der G8 treffen sich acht einflussreiche Staaten zu informellen Gesprächen zur Gestaltung der Welt und behaupten in den letzten Jahren immer unverfrorener, dass es ihnen auch um die Lösung sozialer Fragen ginge. Bei der Gentechnik, genauer der Gentechnik in der Landwirtschaft, um die es sich an diesem Abend drehte, handelt es sich um eine sehr teure Technologie, deren Besitzer ebenfalls behaupten, Probleme der Menschheit zu lösen - genauer gesagt behaupten sie oft, die Technologie zur Beseitigung von Nahrungsmittelknappheit einsetzen zu wollen.

Weder die Regierungen noch die Konzerne können indes Belege für ihr angeblich soziales Engagement vorlegen. Vielmehr ist die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich stetig gestiegen, wie unlängst die WIDER-Studie belegte¹. Nicht zuletzt durch Forderungen der G8-Staaten z.B. nach "Investitionsfreiheit in Industrie- und Schwellenländern" oder wie "afrikanischen Staaten sollen Strukturen entwickeln, die private Investitionen erleichtern"² wird der Zugriff von Konzernen zum Beispiel auf diesen Kontinent gefördert. Im Falle des Einsatzes von Gentechnik in der Landwirtschaft wird damit die Ernährungssouveränität der lokalen Bevölkerung zerstört, da sie mit der teuren Technologie nicht konkurrieren kann.

Dieser Prozess ist nicht erst mit der Gentechnik im Gange. In den frühen 1980iger Jahren wurden durch IWF-Strukturanpassungsprogramme Exportprodukte zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion in den verschuldeten Ländern gefördert. Mit der Senkung der Zölle z.B. im Rahmen der WTO-Agrarabkommen von 1995 wurde der Import von subventionierten Nahrungsmitteln aus den USA und Europa in den Süden weiter verstärkt. Mit dem Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft haben wenige transnationale Konzerne ein Mittel in der Hand, dass ihnen die weitere Enteignung und Ausbeutung der lokalen Bevölkerung ermöglicht. Patente auf Saatgut und die Abstimmung genmanipulierter Pflanzen auf das eigene Pflanzenschutzmittelangebot sind hierfür die Schlüssel.

Auf der Veranstaltung wurden die Hauptakteure der Gentechnik in der Landwirtschaft klar benannt. Unter den Konzernriesen spielen auch deutsche Firmen eine größere Rolle: Bayer Cropscience und BASF. Erstere war erst

letztes Jahr in die Schlagzeilen geraten, als die unerprobte Gen-Reissorte LLRice 601 gemeinsam mit konventionell angebautem Langkornreis in den Handel gelangt ist³. In Mecklenburg-Vorpommern wurden laut Standortregister⁴ bis zum 22.1.07 insgesamt 14 Anbauflächen mit genmanipuliertem Mais auf etwa 359 ha angemeldet. Diese befinden sich bei 17094 Cammin, 17321 Löcknitz, 17321 Ramin, 17322 Glasow, 17335 Strasburg, 17337 Klein Luckow und 17337 Uckerland. Angebaut wird Mais mit Schädlingsresistenz. Daneben gibt es verschiedene Forschungseinrichtungen, die sich mit der Gentechnik beschäftigen, wie z.B. das AgroBio-Technikum in Groß Lüsewitz bei Rostock. Hier werden gentechnisch veränderte Kartoffeln getestet und Versuche durchgeführt, die nachgewiesenen Auskreuzungsraten bei Gen-Raps zu verringern⁵. Die NPZ Saatzeitung Lembke KG, Malchow/Poel, ist ebenfalls in der Forschung mit gentechnischen Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern aktiv⁶.

Die Diskussion verlief ausgesprochen kontrovers. Besucher, die selbst im Bereich der Gentechnik arbeiten und studieren, betonten die Chancen der Gentechnik, während die Gegner der Gentechnik in der Landwirtschaft auf die Risiken und Schäden durch die Gentechnik hinwiesen. Andere betonten den oben beschriebenen Zusammenhang zwischen der Technologie und dem derzeitigen Wirtschaftssystem. Es gab immer ein Aber im Kreis der Argumente. Obgleich von den Befürwortern nur den Gegnern untergeschoben: moralisiert wurde auf allen Seiten - denn schließlich wollten beide Fronten ja nur das Gute. Um aber nun einen objektiveren Blick zu bekommen, was denn Gutes in den vergangenen Jahrzehnten für die Menschheit herausgekommen ist, lohnt sich vielleicht doch ein Blick in Statistiken über die konkrete Lebens- und Versorgungssituation: Die Anzahl der Hungernden ist nicht gesunken, sondern von 840 (1996) auf heute 854 Millionen Menschen (2006) angestiegen. Die Erfahrungen mit der Gentechnik machen deutlich: Den Hungernden auf dem Land, und das sind etwa 80 % der Hungernden, fehlt es an Zugang zu Ressourcen wie Land und Wasser und an Kaufkraft, nicht an gentechnisch verändertem Saatgut. NGOs wie FIAN resümieren daher⁷: "In einer Welt, die schon heute über zehn Millionen Menschen ernähren könnte, ist dies ein beispielloser Skandal und ein Armutszeugnis für die Politik."

Beiträge dazu im Internet:

1) www.freitag.de/2007/02/07020601.php

2) Zitate von der offiziellen g8- Homepage www.g-8.de/Webs/G8/DE/AgendaProgramm/agenda.html

3) www.greenpeace.de/themen/gentechnik/nachrichten/artikel/usa_reisbauern_klagen_gegen_bayer_cropscience

4) www.standortregister.de

5) www.finab.de

6) www.norddeutsche-pflanzenzucht.de/id_52fbd7360003f69919b49e8a.html

7) www.fian.de/fian/downloads/pdf/Hungerbilanz.pdf

15.2.07 - Donnerstag - 19 Uhr

Klex, Lange Straße 14a, Greifswald

Bündnistreffen „Schon Vergessen?“

Am 19.02.2007 findet die nächste Bürgerschaftssitzung statt, auf der das Anliegen der Initiative „Schon Vergessen?“ zum Gedenken an Eckard Rütz vorgestellt werden soll. Zuvor lädt die Initiative alle Interessierten zum nächsten Bündnistreffen im Sitzungssaal des Klex ein.

10.3.07 - Samstag - 14 Uhr

Fischmarkt Greifswald

G8 Infotour Landwirtschaft macht Halt in Greifswald

Dabei werden in einem auffälligen Gefährt zwei Fotoausstellungen über Ausbeutungsverhältnisse in der europäischen Landwirtschaft und vielfältiges Informationsmaterial zu G8, Agrobusiness, Gentechnik etc. im Gepäck sein. Außerdem ist geplant, Orangen aus (ökologisch und sozial) korrektem Anbau an einem möglichst prominenten Ort öffentlich zu verschenken. Ziel dieser Aktion ist es, die Menschen zu irritieren und zum Nachdenken zu bringen. D.h. wir wollen nicht mit irgendeiner Fertiglösung a la „fair trade“ oder „BIO“ ankommen, oder behaupten, es gäbe ein richtige(re)s Leben im Falschen, sondern – neben Information über die Verhältnisse, unter denen z.B. ALDI-Orangen produziert werden, und die Absurdität der Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte – einfach mal die Frage stellen: okay, und wieviel ist DIR dieses Produkt wert? Was machst DU, wenn es keine Preise gibt? Zugleich wollen wir (im Zusammenhang mit der Verschenk-Aktion sowie der Tour insgesamt) auch Spenden sammeln, und diese dann als „Startfonds“ für den Aufbau einer solidarischen Produktionsstruktur nutzen. D.h., wir wollen ganz klar nicht nur ein dagegen, sondern auch ein „wofür“ transportieren. Das Konzept heisst unterm Strich auch, dass wir ein kollektives (Vor-)Finanzierungsmodell für den Orangentransport finden müssen.

17.4.07

Internationaler Aktionstag zu Landkonflikten und Kleinbauern

Lasst Euch was einfallen! Der internationaler Aktionstag von Via Campesina wird von verschiedenen Gruppen im Land unterstützt. Die Via Campesina vertritt das Konzept der Ernäh-

rungssouveränität. Sie setzt sich für eine umweltfreundliche kleinbäuerliche Landwirtschaft ein, die in erster Linie die Versorgung der lokalen Bevölkerung sicherstellen soll. Sie treten für Landreformen und gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Initiativgruppen gegen das G8-Treffen in Heiligendamm und Attac machen mobil.

12.-18.5.07 - Kappeln

Frauensegeln im Frühsommer mit dem Segelschiff „Lovis“¹

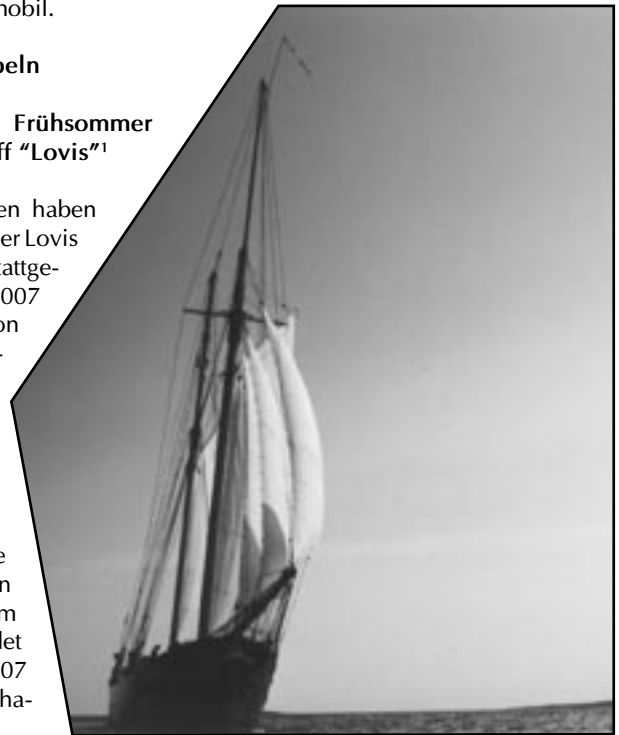
In den letzten Jahren haben Frauenprojekte auf der Lovis mit großem Erfolg stattgefunden. Und auch 2007 soll diese Tradition fortgesetzt werden - es gibt wieder die Möglichkeit, nur unter Frauen zu segeln. Der Frauentörn für Frauen jeden Alters, die Lust haben, eine Woche mit anderen Frauen gemeinsam aktiv zu sein findet vom 12.-18. Mai 2007 statt. Start und Zielhafen ist Kappeln.

27. 8. - 9.9.07 - von Tallin nach Stockholm

Die Sicherheitswahltour mit dem Segelschiff „Lovis“¹

Die Sicherheitswahn-Tour verbindet persönliche Erfahrungen von Menschen verschiedener Staaten mit dem Themen Sicherheit, Datenschutz, Personenkontrolle etc. mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen in den Häfen – Straßentheater, Kino, Infostand etc. Die Fahrt der „Lovis“ von Osteuropa nach Skandinavien stellt hierbei –auch in Bezug auf das immer stärkere Abschotten von Häfen – eine sehr passende Verknüpfung dar. Die Reise dauert vom 27. August - 9. September 2007 und geht wahrscheinlich von Tallin nach Stockholm.

1) Infos & Anmeldung siehe: www.lovis.de



www.lovis.de



G8 - DIE MÄCHTIGEN HINTER GITTERN

Mit dem Baubeginn des Sperrzaunes rund um Heiligendamm hat die "Aktionsgruppe Zauninspektion" die Maßnahme als sinnfälliges Symbol der Verachtung für die Opfer der G8-Politik bezeichnet und ein Transparent mit der Aufschrift "Kapitalismus einzäunen" am Zaun befestigt.

Minister Backhaus wies indes darauf hin, dass "nicht ordnungswidrig handelt, wer über oder unter den Querstreben dieser Leiteinrichtung den Zaun passiert und den Wald betritt".

Mit Verwunderung und Empörung nimmt die DFG-VK die Ankündigung zur Einbeziehung der Bundeswehr in die Sicherung des Gipfels und geplanten Freiübungen im Frühjahr 2007 in den betroffenen Landkreisen und Rostock zur Kenntnis. Der DFG-VK Bundessprecher: „Auch wenn es nach den bisherigen Einsätzen der Bundeswehr im Inneren der Bundesrepublik, z.B. während der Fußball-Weltmeisterschaft, bei Flutkatastrophen und der Vogelgrippe, bereits fast normal scheint, es ist auch weiterhin genauso grundgesetzwidrig, wie das vor kurzem durch den Bundesinnenminister geforderte Abschießen von Passagierflugzeugen durch die Bundesluftwaffe.“

Die Presseerklärungen im Einzelnen

Presseerklärung der "Aktionsgruppe Zauninspektion" vom 15.1.07

"Kapitalismus einzäunen!"

Heute Morgen um 9 Uhr haben Baufirmen und Polizei an der Jemnitzer Schleuse bei Heiligendamm zu einer Pressekonferenz eingeladen, um der Öffentlichkeit das erste Zaunelement des G8-Zauns zu präsentieren. Mitglieder der "Aktionsgruppe Zauninspektion" (AZ) nutzten diesen Anlass, mittels einer satirischen Aktion die Unsinnigkeit dieser Absperrung zu demonstrieren.

Sie bezogen sich auf eine Äußerung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Till Backhaus (SPD). Dieser beschrieb die Funktion des Zaunes "als eine Maßnahme zur "Besucherlenkung". Der geschaffene Zaun solle keine Sperre darstellen, sondern lediglich den Zugang zum Wald erschweren." Zaunbau

Gegen die 12,5 Mio. teure "Leiteinrichtung Zaun" setzte die "Aktionsgruppe Zauninspektion" ein rot-weißes Flatterband in Szene und pries in einer satirischen Rede dessen Vorzüge in Bezug auf Flexibilität, Kostenersparnis und optische Leitfähigkeit. Mit dieser Methode sei es möglich, für den gleichen Betrag "nicht nur einen Tagungsort neoliberaler Politik einzuzäunen, sondern gleich die kompletten G8-Staaten. Durch diese Maßnahme kann deutlich markiert werden, welche Länder und Regierungen den Hauptimpuls zur Ausbeutung der Menschen im Trikont und in den G8-Ländern selbst geben.", sagte Klara Abau von der "Aktionsgruppe Zauninspektion". Die Aktionsgruppe kennzeichnete den Zaun daraufhin mit einem Transparent auf dem kommentiert wurde: "Kapitalismus einzäunen".



Die Staatschefs der G8 wollen sich im Juni 2007 hinter diesem Zaun versammeln. "Dieser Zaun", so sagte Polizeiführer Abramowski, "soll den Gipfel vor terroristischen Bedrohungen schützen." Minister Backhaus wies dagegen im OZ-Artikel vom 15.11.2006 daraufhin, dass "die Beachtung der Zäune im rechtlichen Sinne auf Freiwilligkeit beruhe". Er weist zudem darauf hin, dass "nicht

ordnungswidrig handelt, wer über oder unter den Querstreben dieser Leiteinrichtung den Zaun passiert und den Wald betritt.“

Die „Aktionsgruppe Zauninspektion“ sieht dies anders: „Der Zaun ist eine Spermmaßnahme gegen den Protest und kann nur als sinnfälliges Symbol der Verachtung für die Opfer der G8-Politik gesehen werden. Zu erwartende leere Versprechungen von Blair, Merkel und Putin, die angeblich die Armut dieser Welt bekämpfen, werden von den Gitterstäben des Zaunes leider nicht abgehalten.“, sagte Klara Abau. „Krieg, kapitalistische Ausplünderung und ökologische Verelendung treiben Millionen von Menschen weltweit in die Flucht aus ihren Ländern. Ein Teil davon flüchtet in Richtung der G8-Staaten, um dort wenigstens an einem Bruchteil der ihnen weggenommenen Reichtümer teilhaben zu können. Auf dem Weg dorthin sterben viele, weil man sie verdursten, verhungern oder ertrinken lässt. Die paar, die es hierhin schaffen, vegetieren in Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen“.

„Zusammen mit Flüchtlingen wollen wir gegen den Gipfel protestieren. Nichts hätte deutlicher sein können in einer Welt voller rassistischer, nationaler und sozialer Schranken als ein weiterer Zaun, um uns die Verachtung der Herrschenden spüren zu lassen.“, so Klara Abau. „Der Zaun wird uns aber nicht hindern, unseren Protest in verschiedenen Aktionsformen zu artikulieren.“, zeigte sich Abau abschließend optimistisch.

Presseerklärung vom 14.1.07: Zäune verhindern Demokratie und Freiheit! – Bundeswehreininsatz im Innern verfassungswidrig!

Aus Anlass des am Montag beginnenden Bau des „Sicherheitszaunes“ zum G8-Gipfel um das Ostseebad Heiligendamm, erklärt der Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Monty Schädel das Gipfeltreffen im Juni 2007 erneut als illegitim.

„Das selbsternannte Gremium der acht ausgewählten Regierungschefs ist durch nichts legitimiert, um mit der angemäßen Selbstverständlichkeit über Krieg oder Frieden, Armut oder Wohlstand, Leben oder Tod in allen Teilen der Welt zu entscheiden.“ so Schädel

Wie isoliert die vorgeblich 'Mächtigen der Welt' in Wirklichkeit sind, wird nach Ansicht der DFG-VK auch dadurch deutlich, dass sie sich nur hinter hohen Zäunen und mit Polizei- und Militärschutz treffen können. Der DFG-VK Sprecher fordert unter diesen Bedingungen die GipfelteilnehmerInnen dazu auf, endlich über die Folgen ihres Handelns nachzudenken.

„Mit demokratiefreien Zonen, wie sie jetzt in Heiligendamm geschaffen werden sowie mit

militärischer und polizeilicher Gewalt sind weder in Mecklenburg-Vorpommern noch in einem anderen Teil der Welt Freiheit und Demokratie zu schützen oder zu errichten.“

Auch der mehrfach geäußerten Willen der Bundes- und Landesregierung zur angemessenen Unterstützung des für den Juni vorbereiteten demokratischen Protestes der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesrepublik eine Kampagne zur Kriminalisierung des demokratischen Protestes gestartet wurde. „Mit der Schaffung eines Bildes krimineller / gewalttätiger Demonstranten soll bereits im Vorfeld Verunsicherung unter der Bevölkerung des Landes geschürt und die enormen Kosten für die Absicherung des Gipfels gerechtfertigt werden.“ vermutet Schädel.

Der DFG-VK-Sprecher, der auch Koordinator im Rostocker Bündnis zur Vorbereitung der Proteste zum G8-Gipfel und Anmelder der Bündisdemonstration am 02. Juni 2007 in Rostock ist, fordert von der Landesregierung und den betroffenen Verwaltungen erneut, „endlich in konstruktive Gespräche zur Vorbereitung des Protestes in der Region einzusteigen und Mittel sowie Infrastruktur für den Protest genauso zur Verfügung zu stellen, wie sie für die Auslöser des Protestes durch Plünderung der leeren Landeskassen bereitwillig geschieht. Wer sich den Gipfel der Reichen einlädt muss auch den Protest der Betroffenen empfangen – So ist das in einer Demokratie!“

Schädel bemängelt: „Nachdem die Unterbringung, Sicherheit und Versorgung der Staatsgäste und Polizei seit mehr als einem Jahr geplant und mittlerweile organisiert ist, wird der demokratische Protest durch Kampagnen kriminalisiert und seit langem planmäßig hingehalten“

Ebenso mit Verwunderung und Empörung nimmt die DFG-VK die Ankündigung zur Einbeziehung der Bundeswehr in die Sicherung des Gipfels und geplanten Freiübungen im Frühjahr 2007 in den betroffenen Landkreisen und Rostock zur Kenntnis. Der DFG-VK Bundessprecher: „Auch wenn es nach den bisherigen Einsätzen der Bundeswehr im Inneren der Bundesrepublik, z.B. während der Fußball-Weltmeisterschaft, bei Flutkatastrophen und der Vogelgrippe, bereits fast normal scheint, es ist auch weiterhin genauso grundgesetzwidrig, wie das vor kurzem durch den Bundesinnenminister geforderte Abschießen von Passagierflugzeugen durch die Bundesluftwaffe.“



Monty Schädel

Monty Schädel

Schon Vergessen?

In der Nacht zum 25. November 2000 wurde an der Greifswalder Mensa der Obdachlose Eckard Rütz von Neonazis erschlagen.

Wir vergessen nicht!

Ein dunkler Platz in einer kalten Novembernacht in Greifswald. Das Leben des Obdachlosen Eckard Rütz wird auf brutale Weise beendet. Heute, sechs Jahre später, erinnert dort nichts mehr an die Tat.

Gedenkkundgebung, kein Gedenkstein ... Man schien von vornherein, wohl auch im Hinblick auf das schon angekratzte Image, kein großes Interesse an einer nachhaltigen Aufarbeitung der Morde zu haben. Der ausgerufene „Aufstand der Anständigen“, der in Greifswald zeitweilig bis zu 7000 Menschen gegen rechtsextreme Demonstrationen auf die Straße brachte, ebte nach kurzer Zeit genauso schnell wieder ab, wie er aufgekommen war.

Eckard Rütz musste sterben, weil er nach Meinung eines Täters „dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche gelegen habe.“ Im Gerichtssaal berichteten die drei jungen Erwachsenen völlig gefühllos und kalt von den Geschehnissen in der Nacht vom 24. auf den 25. November 2000. „Wir wollten ihm nur eine Lektion erteilen. Dabei haben wir ihn leider tot gehauen.“, so Maik J. Nachdem sie Eckard Rütz bei der Mensa erblickten, schlugen sie mit armdicken Baumstützpfehlen mehrmals auf seinen Kopf ein, bis er sich nicht mehr bewegte. Wenig später kehrten sie zurück. Sie hatten Angst bekommen, dass er eine Anzeige machen könnte. Also traten sie erneut zu. Eckard Rütz starb an seinen schweren Kopfverletzungen. Selbst erfahrene Richter und Gerichtsmediziner waren von der Brutalität der Tat zutiefst schockiert. Der Schädel des Opfers war so zertrümmert, dass er während der Obduktion auseinander fiel.

Die Urteile fielen dennoch relativ mild aus. Die beiden 16-jährigen Maik J. und Marcel L. wurden zu Strafen von sieben bzw. siebeneinhalb Jahren verurteilt. Maik D. (21) musste eine 10-jährige Haftstrafe antreten.

Die Reaktionen in Greifswald auf diesen nunmehr zweiten Obdachlosenmord innerhalb eines Jahres waren erschreckend zurückhaltend. Hatte Klaus Gereckes gewaltsamer Tod am 24. Juni 2000 noch die ganze Stadt in Aufruhe versetzt, geriet der Mord an Eckard Rütz schnell in Vergessenheit. Kein offizielles Begräbnis, keine

Seit dem 24. November 2000 sind nun fast sechs Jahre vergangen, die Morde mittlerweile so gut wie vergessen und das gesellschaftliche Klima, aus dem heraus diese Taten begangen wurden, hat sich wenig verändert. Die Täter, keine organisierten Rechtsextremen, bedienen sich zur Begründung ihrer Tat jener diskriminierenden und menschenverachtenden Rhetorik, die leider auch in Teilen der Bevölkerung fest verankert ist. Gerade im Hinblick auf die Ergebnisse der Landtagswahl, wäre eine intensive Auseinandersetzung mit dem Geschehenen und eine vielfältige Erinnerungskultur mehr als nötig. Stattdessen trampeln über 60.000 NPD-Wähler auf den Gräbern der zahlreichen Opfer rechter Gewalt umher.

Deshalb ist es unser Ziel, einen dauerhaften Ort des Gedenkens für den, vor sechs Jahren ermordeten, Eckard Rütz zu schaffen und sich für eine nachhaltige Gedenkkultur einzusetzen. Wir rufen Euch auf, mit uns die Erinnerung an Eckard Rütz wach zu halten und die Mauer des Schweigens und Vergessens zu brechen.

Bündnispartner_innen:
Antifaschistische Aktion Greifswald, Infoladen Zeitraffer, Solid Greifswald, IkuWo, Studierendenclub Kiste, Junge Gemeinde St. Nikolai, Feine Sahne Fischfilet, Linkspartei.PDS Anklam/Greifswald/Wolgast, Peter Ritter (MdL)

Am 19.02.2007 findet die nächste Greifswalder Bürgerschaftssitzung statt, auf der das Anliegen der Initiative vorgestellt werden soll. Zuvor lädt die Initiative alle Interessierten zum nächsten Bündnistreffen am 15.02.2007 um 19 Uhr im Sitzungssaal des Klex (Lange Str.14a) ein.